

## Stellungnahme / Antwort

zu Antrag-/Anfrage Nr. **AT/0060/2010**

der Stadtratssitzung am 01.07.2010

Punkt: ö.S. / nö.S.

### **Betr.: Antrag der CDU-Ratsfraktion: Interkommunale Zusammenarbeit**

#### Stellungnahme/Antwort

Die CDU-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung über die bereits bestehende Zusammenarbeit schnellstens mit den um Koblenz herumliegenden Städten und Gemeinden sowie der Kreisverwaltung arbeitsfähige Projektgruppen bildet, die Vorschläge zu Kosten- und Ausgabenreduzierungen erarbeiten, die zu einer Entlastung aller Haushalte führen. Eine Taskforce „Kosten“, besetzt mit Vertretern der Fraktionen und der Kämmerei, soll die Aktivitäten steuern und vorantreiben.

Die Verwaltung nimmt zum Anliegen der CDU-Ratsfraktion wie folgt Stellung:

Die Stadt Koblenz pflegt bereits vielfältige kommunale Kooperationen in verschiedenen Bereichen, wie u. a. in der Abfall- und Abwasserwirtschaft, der Wasserversorgung, der Bauleitplanung, aber auch in der Erfüllung sozialer Aufgaben.

Es ist allerdings nicht immer leicht, einen Konsens für eine interkommunale Zusammenarbeit zu finden.

So war zurückliegend die von hier angestrebte Zusammenlegung der Kfz-Zulassungsstellen des Kreises Mayen-Koblenz und der Stadt Koblenz an einem künftig zu erweiternden Standort des Ordnungsamtes bislang noch nicht erfolgreich.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist das vom Stadtrat am 04.03.2010 beschlossene Servicecenter zur Optimierung der bürgernahen Verwaltung. In diesem Servicecenter wird für den Bereich der Stadt Koblenz auch die Integration des bundesweiten Projektes „einheitliche Behördenrufnummer D115“ umgesetzt.

Die Planung der Verwaltung sah vor, frühzeitig mit den umliegenden Landkreisen sowie der Stadt Neuwied bei der Realisierung der „einheitliche Behördenrufnummer D115“ zusammen zu arbeiten. Gespräche dazu fanden seit September 2009 statt und sind auch weiterhin vorgesehen. Bislang konnten jedoch keine konkreten Ergebnisse erzielt werden, obwohl von

allen Beteiligten die möglichen Synergieeffekte gesehen werden. Es wurde deutlich, dass die eigenen Vorteile zwar erkannt und verfolgt werden, aber die mit dem Projekt zunächst verbundenen Mehrkosten derzeit einen schnellen Erfolg verhindern.

Insofern ist es zu begrüßen, dass sich – wie vorgeschlagen - Vertreter der Fraktionen mit einbringen würden, um die Aktivitäten für eine verstärkte kommunale Zusammenarbeit voranzutreiben.

Es wäre aber abzuwägen, ob die grundsätzliche Einrichtung von gemeindeübergreifenden Projektteams („Taskforce“), besetzt mit Vertretern der Fraktionen und der Verwaltungen, im Hinblick auf den damit verbundenen erheblichen Aufwand praktikabel ist.

Zielführender erscheint es, bei Bedarf im Einzelfall projektbezogen gezielt kommunale Partnerschaften mit Unterstützung der Fraktionen in bestimmten Aufgabenfeldern anzustreben, z. B. bei der Beschaffung von mobilen Investitionsgütern, bei der Zusammenführung bestimmter Dienstleistungen oder bei größeren Baumaßnahmen.

In diesem Zusammenhang sei im Übrigen auch auf die anstehende Kommunal- und Verwaltungsreform hingewiesen. Es erscheint sinnvoll, deren inhaltliche Ausgestaltung und die sich für die Stadt Koblenz ergebenden Auswirkungen abzuwarten.

In Erinnerung rufen darf ich weiterhin, dass die Verwaltung zunächst beauftragt wurde, unter externer Begleitung in zwei Stufen (Jahre 2010/11 bzw. 2012/13) ein auf die im Haushaltsplan gebildeten Produkte bezogenes Ziel- und Kennzahlensystem zu erarbeiten.

Nach dessen Fertigstellung kann dies neben einer verbesserten Steuerungsgrundlage als Basis für interkommunale Vergleiche bzw. Zusammenarbeit dienen. Hierfür müssen dann aber passende Partner auf der Ebene der kreisfreien Städte gefunden werden.

Daneben prüft die Verwaltung derzeit, ob ein Benchmarking zur Identifizierung von Konsolidierungsfeldern mit anderen vergleichbaren kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz erfolgen kann. Benchmarking ist ein systematischer und kontinuierlicher Prozess des Vergleichens von Produkten und Prozessen in der eigenen Verwaltung mit denjenigen in anderen Verwaltungen in qualitativer und/ oder quantitativer Hinsicht. Dieser Prozess ist nur sinnvoll, wenn ein Vergleich mit anderen kreisfreien Städten auf der Basis einer gleichartigen Aufgabenstruktur erfolgt. Auch müssen die dafür notwendigen personellen Ressourcen verfügbar sein.

### **Empfehlung der Verwaltung:**

Die im Antrag angesprochene Einrichtung einer dauernden „Task Force“ halte ich mit Blick auf den erheblichen Verwaltungsaufwand sowie die bestehenden Belastungen der städtischen Verwaltungseinheiten derzeit nicht für umsetzbar.

Vielmehr empfehle ich bei konkretem Bedarf in Einzelfällen projektbezogen gezielt kommunale Partnerschaften anzustreben und die mögliche Gestaltung dieser interkommunalen regionalen Zusammenarbeit zur Erzielung von Synergien zur Haushaltsentlastung mit den Vertretern der Fraktionen im Ältestenrat zu erörtern.

Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig